

Mitteilung N r . MIT-FS 76/2025 - Tischvorlage		
zur Anfrage Nr. nach § 39 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	FS-76/2025 Thorsten Raschen, Astrid Milch CDU-Fraktion 20.10.2025 Antrag auf Hochstufung der nördlichen Verbindung von der BAB zum stadtbremi- schen Überseehafen über Cherbourger Straße / Hafentunnel / Cherbourger Straße / Wurster Straße	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Lt. öffentlicher Berichterstattung zur Einstufung des Hafentunnels und der damit verbundenen Teilstücke der Cherbourger Straße und Wurster Straße als Verbindung der Bundesautobahn mit dem stadtbremischen Überseehafengebiet zu einer Bundesstraße liegt dem Bundesverkehrsministerium bisher kein Antrag vor.

Wir fragen den Magistrat:

Wurde die Umwidmung der kommunalen Straßenzüge wie oben benannt bereits beantragt?

Zusatzfrage 1: Wenn ja: Wann wurde der Antrag / Anfrage / Anschreiben an welche Stelle gestellt und wie ist der aktuelle Sachstand bzw. wenn nein: Was sind die Gründe dafür?

Zusatzfrage 2: Welche weiteren Schritte sind seitens der Stadt Bremerhaven oder des Landes Bremen noch zu unternehmen, um die Hochstufung zu einer Bundesstraße zu erreichen?

II. Der Magistrat hat am 29.10.2025 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Aufgrund der überregionalen Bedeutung der Maßnahme „Anbindung der Überseehafengebietes in Bremerhaven an die A27 – Hafentunnel Cherbourger Straße“ fördert der Bund die kommunale Maßnahme nach §5a, Bundesfernstraßengesetz. Die Zuwendungsmaßnahmen sind noch nicht vollständig abgeschlossen.

Mit der Inbetriebnahme des Hafentunnels werden die innerstädtischen Verkehre von den Hafenverkehren getrennt. Die anbaufreie Cherbourger Straße und die Wurster Straße von der BAB A27 bis zum Zolltor Weddewarden über den Hafentunnel erfüllen aus Sicht des Magistrats die Voraussetzung zur Einstufung als Bundesstraße, da diese mit der Autobahn A27 und dem Hafen ein zusammenhängendes Verkehrsnetz bildet und dem weiträumigen Verkehr dient.

Die Oberste Landesstraßenbaubehörde, angesiedelt bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, steht im regelmäßigen Austausch mit dem Bund und dem nachgeordneten Fernstraßenbundesamt. Insofern hat der Magistrat, OB Grantz die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung gebeten, eine Aufstufung zur Bundesstraße zu unterstützen und zu begleiten. Das Land Bremen hat seine Unterstützung zugesichert und will das weitere Verfahren mit dem Fernstraßenbundesamt abklären. Über den weiteren Vorgang solle dann Bremerhaven unterrichtet werden. Dieser Vorgang ist bisher noch nicht abgeschlossen.

Insofern konnte ein Antrag auf Hochstufung der genannten Strecke bisher nicht gestellt werden.

Zu 1) siehe oben

Zu 2)

Seitens des Landes Bremen ist in weiteren Gesprächen mit dem Fernstraßenbundesamt das genaue formale Verfahren für die Aufstufung abzuklären. Sobald das Verfahren bekannt ist, wird eine Antragsstellung durch den Magistrat erfolgen. Auch ist über Bremen zu klären, ob der Bund generell noch Hemmnisse hinsichtlich der Aufstufung sieht, z.B. im Zusammenhang mit der oben genannten Förderung der kommunalen Maßnahme durch den Bund nach §5a, Bundesfernstraßengesetz.

Aus Sicht des Magistrats ist vorab sicherzustellen, dass ein gestellter Antrag zur Aufstufung der Hafenanbindung auch positiv durch das Fernstraßenbundesamt beschieden wird.

Grantz
Oberbürgermeister